

Bundesagentur für Arbeit Favorit Scheele

Für die Nachfolge von Frank-Jürgen Weise als Chef der Bundesagentur für Arbeit (BA) gilt dessen Vorstandskollege Detlef Scheele (SPD) als Favorit. Schon als der ehemalige Hamburger Sozialsenator im Sommer vergangenen Jahres in den Vorstand gewählt wurde, wollte Arbeitsministerin Andrea Nahles (SPD), dass Scheele auch als künftiger Weise-Nachfolger benannt wird. Doch der BA-Verwaltungsrat sträubte sich damals, nun zeichnet sich informell ein Einverständnis ab; Weises Vertrag läuft im Mai 2017 aus. Da Weise aus der BA ausscheidet, muss auch ein neues Vorstandsmitglied ernannt werden. Auf den Posten soll erstmals eine Frau rücken. Im Gespräch war Rüstungsstaatssekretärin Katrin Suder. Doch die ehemalige McKinsey-Direktorin gilt zurzeit im Verteidigungsministerium als



Weise

unverzichtbar. Dem Vernehmen nach ist nun Valerie Holsboer im Gespräch, die unter anderem Hauptgeschäftsführerin der Arbeitgebervereinigung Nahrung und Genuss ist und bereits im BA-Verwaltungsrat sitzt. mad

Türkei Petition gegen „lautes Schweigen“

Obwohl seit dem gescheiterten Putschversuch in der Türkei mehr als 130 Verlage, Fernsehstationen und Radiosender geschlossen und über 40 Journalisten inhaftiert wurden, hat die Bundesregierung nach Ansicht von Autoren und Journalisten bis jetzt keine deutlichen Worte der Kritik gegenüber Ankara gefunden. Mit einer Onlinepetition wollen der Börsenverein des Deutschen Buchhandels, Reporter ohne Grenzen und das PEN-Zentrum Deutschland deshalb nun öffentlich Druck auf Kanzlerin Angela Merkel machen. Unter dem Titel „Für das Wort und die Freiheit – #freewordsturkey“ fordern sie darin Bundesregierung und EU-Kommission auf,

„klar Position zur Lage in der Türkei zu beziehen und die Meinungsfreiheit in ihren Entscheidungen, Handlungen und Äußerungen kompromisslos und aktiv einzufordern“. Den betroffenen Journalisten und Autoren in der

Türkei müsse zudem schnell und unbürokratisch geholfen werden, etwa mit Notfallvisa. „Das laute Schweigen der Bundesregierung und der EU-Kommission wird immer unerträglicher“, sagt Alexander Skipis, Geschäftsführer des Börsenvereins: „Meinungsfreiheit ist unverhandelbar. Eine solche Appeasement-Politik hat sich noch nie bewährt.“ Die Petition soll nächste Woche in Deutsch, Englisch und Türkisch über die Internetplattform Change.org starten – unterstützt von der gemein-



Pro-Erdogan-Demonstranten in Köln

nützigen Organisation Pixelhelfer, die sich auf politische Aktions- und Lichtkunst spezialisiert hat. Zum NSA-Skandal projizierte Pixelhelfer die Lichtzeile „United Stasi of America“ auf die US-Botschaft in Berlin. ih

Fall Lohfink Uneinsichtige Ministerin

Trotz anhaltender Kritik an ihrer Kommentierung des Falls Gina-Lisa Lohfink will sich Bundesfrauenministerin Manuela Schwesig (SPD) nach wie vor nicht dazu äußern. Schwesig hatte sich vor dem Urteilsspruch und ohne Aktenkenntnis konkret auf Lohfinks Vergewaltigungsvorwürfe bezogen und gesagt: „Ein ‚Hör auf‘ ist deutlich“. Lohfink wurde diese Woche wegen falscher Verdächtigung zur Zahlung von 20.000 Euro verurteilt. Auf Anfrage teilte Schwesigs Sprecherin jetzt lediglich mit: „Die Schutzlücken im Sexualstrafrecht mussten geschlossen werden. Die Reform des Sexualstrafrechts ist richtig.“ Die Ministerin sei wohl der Versuchung erlegen, den Medienrummel aus politischem Kalkül für die Verschärfung des Sexualstrafrechts nutzen zu wollen, sagte dagegen

Katja Suding, Vizechefin der FDP. „Als Politikerin – Bundesministerin zumal – hat man sich nicht in laufende Justizprozesse einzumischen.“ Das müsse Schwesig endlich „eingestehen und Verantwortung übernehmen“. akm



Lohfink im Amtsgericht

Erbschaftsteuer Neuer Anlauf

Nach wochenlangem Gezerre wollen Bund und Länder nun doch eine Einigung im Streit um die Erbschaftsteuer angehen. Die Unterhändler beider Seiten treffen sich auf Einladung des Ersten Parlamentarischen Geschäftsführers der Unionsfraktion, Michael Grosse-Brömer, nächsten Mittwoch in Berlin. Für die Union nehmen Bayerns Finanzminister Markus Söder (CSU) und der Parlamentarische Staatssekretär im Bundesfinanzministerium, Michael Meister, teil. Beide hatten sich zuvor gesträubt, die Federführung der Verhandlungen zu übernehmen. Die SPD vertritt Nordrhein-Westfalens

Finanzminister Norbert Walter-Borjans, die Grünen seine schleswig-holsteinische Amtskollegin Monika Heinold. Die Erfolgsaussichten für eine Einigung bis September hält Söder allerdings für gering. „Bayern sieht keinen Grund, auch nur ein Komma an dem Kompromiss der Parteivorsitzenden zu ändern“, sagte er auf Anfrage. „Das Problem liegt bei der SPD.“ Parteichef Sigmar Gabriel müsse die Länderfinanzminister seiner Partei auf Linie bringen. Von SPD und Grünen regierte Bundesländer hatten den Reformentwurf der Großen Koalition im Juli im Bundesrat gestoppt, weil Firmenerben nach ihrer Ansicht darin zu stark geschont werden. ran, rei